



Halbzeit als Kantonsratspräsidentin: Karin Schwiter freut sich über ihre Arbeit im Kantonsrat und kritisiert die Schwyzer Regierung.

Bild: Jürg Auf der Maur

«Die Zeit der Handzählung ist vorbei»

Kanton Kantonsratspräsidentin Karin Schwiter (SP) freut sich auf die bevorstehende Revision der Geschäftsordnung des Kantonsrates und sagt, weshalb sie die Politik der bürgerlichen Mehrheit in Regierung und Kantonsrat falsch findet.

**Mit Karin Schwiter sprach
Jürg Auf der Maur**

Ihre halbe Amtszeit als Kantonsratspräsidentin ist um. Zeit für eine Zwischenbilanz.

Mir gefällt der Job sehr. Er ist unglaublich spannend. Das macht man nur einmal im Leben. Ich geniesse das Jahr und die Leitung des Schwyzer Kantonsrates.

Hat Sie etwas überrascht?

Wir haben in diesem ersten halben Jahr dreimal falsch gezählt. Für mich ist das ein Zeichen, dass wir uns offenbar Gedanken über das bisherige System machen müssen.

Es ist veraltet?

Das Auszählen per Hand ist offensichtlich nicht so präzise und auf jeden Fall nicht so transparent, wie es sein könnte.

Das heisst für Sie?

Die Zeit der Handzählung ist vermutlich vorbei. Wir müssen ernsthaft über eine elektronische Abstimmungsanlage nachdenken. Allein schon der Transparenz wegen.

Sie oder die SP reichen schon bald Vorstösse ein?

Das Büro des Kantonsrates ist bereits an der Revision der Geschäftsordnung. Ich setze mich dafür ein, dass mit dieser Vorlage Transparenz geschaffen wird.

Zur Person

Name: Karin Schwiter
Geburtsdatum: 9. November 1977
Zivilstand: in festen Händen
Wohnort: Lachen
Beruf: Wirtschaftsgeografin
Hobbys: mit Rennrad, Bike, Ski, Wander- oder Turnschuhen draussen unterwegs sein
Lieblingslektüre: Fantasybücher, in denen Heldinnen die Welt retten
Lieblingsgetränk: Rotbuschtee in rauen Mengen
Lieblingsessen: Paprikachips von Zweifel

Transparenz tönt gut. Sie kommen aber schnell in Konflikt mit dem Amtsgeheimnis, wie Ihr eigener Fall zeigt, als Sie Zahlen zu Gemeindefinanzen weitergaben.

Das ist eine der ganz grossen Fragen, die wir in dieser Revision klären müssen. Was ist geheim, und was darf die Bevölkerung wissen? Meines Erachtens darf sie alles wissen. Mein eigener Fall war völlig schräg. Es handelte sich um öffentlich zugängliche Zahlen, die jedermann

«Es gibt Leute, die am liebsten alles geheim halten.»

zusammentragen konnte. Ich hatte in der Kommission klagemacht, diese öffentlich zu machen. Niemand opponierte – und in der Session kamen dann plötzlich heftige Vorwürfe.

Ihre Lehre daraus?

Es gibt im Kantonsrat Leute verschiedener politischer Couleurs, die – überspitzt gesagt – am liebsten alles für geheim erklären würden. Ich sehe das anders. Was meinen Fall betrifft: Das war ein Sturm im Wasserglas.

Die Kantonsratsprotokolle werden künftig auch schneller gemacht?

Sie werden schon jetzt schnell geschrieben. Aber die anschliessende Genehmigung dauert zu lange. In der Geschäftsordnung gibt es noch zu viele antiquierte Vorschriften und Passagen. Da heisst es etwa, dass das Protokoll auf einem Rats-tisch aufliege. Niemand weiss, wo dieser Tisch sein soll.

Wie sehen Ihre Alternativen aus?

Dank den neuen technischen Möglichkeiten könnten viel schnellere und transparentere Wege beschritten werden. Ich könnte mir vorstellen, dass die Tonauf-

nahmen, die wir von der gesamten Kantonsratsdebatte machen, bereits am Abend online gestellt werden. Für die Protokollgenehmigung bliebe dann genügend Zeit.

Der Schwyzer Kantonsrat soll den Sprung in die Moderne machen?

Ich formuliere es anders: Die Digitalisierung hat auch den Ratsbetrieb erreicht. Das ergibt viele Möglichkeiten, sodass die Bevölkerung unmittelbarer an der Politik teilnehmen könnte. Ich bin überzeugt, dass so auch das Interesse an der Politik wieder zunähme.

Die überparteiliche Zusammenarbeit im Kantonsrat ist besser geworden. Zum Leidwesen der SP?

Das hat primär mit den Mehrheiten in diesem Rat zu tun. SVP und FDP haben eine so komfortable Mehrheit, dass sie ihre Sparpläne durchbringen konnten, ohne Kompromisse finden zu müssen. Jetzt zeigt sich aber, dass dieser Weg ungesund ist.

Wirklich? Wie denn?

Die Sparpolitik und die leeren Kassen

haben alles dominiert und die Kantonsentwicklung gehemmt. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst.

Finanzdirektor Kaspar Michel weist den Vorwurf einer Politik der leeren Kassen zurück. Die Regierung setze sich auch für die Schwächsten im Kanton ein.

Ich sehe das anders. Ein Beispiel ist die Reduktion der Leistungen bei der individuellen Prämienverbilligung. Was hier vorgelegt wird, ist eine weitere massive Abbauvorlage. Auf Kosten der Bedürftigsten sollen weitere 5,7 Mio. Franken eingespart werden. Auf der anderen Seite gibt man weiterhin Geld aus. Die Steuerprivilegien für Unternehmen und Superreiche bleiben, die Schwächsten haben das zu berappen. Wer nichts hat, dem wird die letzte Fünfzigernote aus dem Sack gerissen.

Das stimmt doch so nicht. Der Anteil der Bevölkerung, der von einer individuellen Prämienvergünstigung profitiert, bleibt fast gleich.

Ja, aber pro Kopf gibt es weniger Geld. In

einem Kanton übrigens, der schon heute am wenigsten an die Prämienverbilligung ausrichtet.

Im Herbst 2019 stehen Parlamentswahlen an. Die SP wird antreten?

Klar, auf jeden Fall. Heute sind von sechs

«Die SVP ist in Bern völlig übervertreten.»

Schwyzern in Bern vier von der SVP. Die Partei ist völlig übervertreten.

Das ist das Ergebnis einer Volkswahl. Das zweifle ich ja auch nicht an. Aber jetzt sehen immer mehr Leute, dass es so nicht geht, dass die Zeit für Korrekturen da ist.

«Das ist ein Skandal»

Kandidieren Sie für Bern?

Diese Frage stelle ich mir dann, wenn es so weit ist.

Wie sieht Ihre Vision vom Kanton Schwyz aus?

Ich habe Angst, dass der Kanton immer mehr den Anschluss verliert. Es müssen Kantonsratssitzungen gestrichen werden, weil gar nichts zum Beraten vorhanden ist. Das ist ein schlechtes Zeichen, denn Themen gäbe es genug. Die Regierung und mit ihr der ganze Kanton verpassen den Zug. Das zeigt allein schon das ÖV-Dossier. Die Regierung hat geschlafen, in Reichenburg halten an gewissen Tagen nun gar keine Züge mehr. Und vor 2030 besteht keine Chance auf eine Korrektur. Wir

geraten überall immer mehr in Rückstand.

Die SP kritisiert den innerkantonalen Finanzausgleich. Eine Studie der Regierung zeigt klar, dass er funktioniert. Die Steuerunterschiede haben sich von 270 auf 160 Prozent reduziert.

Es sind aber noch immer die grössten Unterschiede in der ganzen Schweiz! Das sagt selbst die bürgerliche Regierung. Beim innerkantonalen Finanzausgleich ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, das ist klar. Das bürgerliche Argument, dass eine Gemeinde, die weniger Steuern einzieht, auch weniger anbieten kann, stimmt jedenfalls nicht. Es ist umgekehrt.

Das zeigt doch gerade, dass die Steuerpolitik funktioniert? Die steuergünstigen Ausserschwyzer Gemeinden können sich mehr leisten, weil sie dank den tieferen Steuersätzen mehr Einkommen haben.

Das ist doch der Gipfel der Absurdität, dass sich so hohe Einkommen auf einen Bezirk konzentrieren. Wir haben uns ein zweites Monaco geschaffen. Ich kenne Leute, die müssen wegziehen, weil sie es sich nicht mehr leisten können, etwa in Lachen zu wohnen. Alte Leute, die über 60 Jahre hier verbracht haben. Das ist doch ein Skandal. In den Höfen weiss man nicht, wo mit dem Geld hin, und beim Kanton sollen am 4. März weitere 5,7 Mio. Franken für die Prämienverbilligung gestrichen werden. (adm)